



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im Oktober 2012 ist in Europa wieder einiges passiert, über das wir Sie gerne informieren möchten. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen Informationen zu folgenden wichtigen europapolitischen Themen bereitstellen:

- 1. EU erhält Friedensnobelpreis**
- 2. 20 Jahre Europäischer Binnenmarkt**
- 3. Schaffung einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht für 2013**
- 4. Stärkere Förderung für KMU erforderlich**
- 5. Abgeordnete warnen vor Kürzungen beim EU-Haushalt 2014- 2020**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720

1. EU erhält Friedensnobelpreis

Am 12. Oktober 2012 wurde die EU von einem ausgewählten Ausschuss des norwegischen Parlaments in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.



Als Begründung für diese Auszeichnung nennt das Komitee den seit mehr als 60 Jahren andauernden Beitrag zu Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten der Europäischen Union in Europa. Trotz aktueller Euro-Krise soll durch die Verleihung des

Preises der Blick auf den wichtigsten Erfolg der EU gerichtet werden: Die Umwandlung eines Kontinents des Krieges in einen Kontinent des Friedens.

Die Arbeit der Europäischen Union stellt die 'Brüderlichkeit zwischen den Nationen' dar, so wie es Alfred Nobel 1895 als Kriterium für den Friedenspreis festgelegt hatte. Besonders auch die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wird vom Komitee als herausragendes Ergebnis der europäischen Integration hervorgehoben. Außerdem wurden vom Komitee als Leistungen der EU die Förderung der demokratischen Entwicklungen in südeuropäischen Ländern sowie die Integration osteuropäischer Staaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 und die Befriedung des Balkans genannt.

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, war von dieser Auszeichnung "tief bewegt" und "geehrt". Dazu erklärte Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der Friedensnobelpreis ist "die berechtigte Anerkennung für ein einzigartiges Projekt, das seinen Bürgern und der Welt gut tut. Wir sollten nicht vergessen, dass die Europäische Union in ihren Anfängen Nationen zusammengebracht hat. Selbst in diesen schwierigen Zeiten bleibt die EU eine Inspiration für Länder und Völker in der ganzen Welt."

Stellvertretend für 500 Millionen EU-Bürger wird am 10. Dezember 2012, dem Todestag des Stifters Alfred Nobel, das Europäische Parlament gemeinsam mit anderen EU-Institutionen den Friedensnobelpreis in Oslo entgegennehmen.

2. 20 Jahre Europäischer Binnenmarkt

Anlässlich des 20jährigen Jubiläums des Europäischen Binnenmarktes fand vom 15. bis 20. Oktober 2012 die Binnenmarktwoche mit Veranstaltungen in allen 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union statt. Diese Veranstaltungen brachten europäische Unternehmen und Bürger sowie Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, des Rates und der Vertreter der Mitgliedsstaaten selbst zusammen, um über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des europäischen Binnenmarktes zu diskutieren.

Seit seiner Schaffung im Jahr 1992 profitieren vom Europäischen Binnenmarkt mehr als 500 Millionen Menschen und 21 Millionen Unternehmen in mittlerweile 27 EU-Mitgliedsstaaten. Seit seiner Gründung hat sich der Wert der Handelsgüter von 800 Milliarden € (1992) auf 2.800 Milliarden € (2011) gesteigert.



Grundlage für den Binnenmarkt bilden die „vier Freiheiten“, freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital, die im Vertrag zur Gründung der EU festgeschrieben sind. So hat man als Privatperson dank des Binnenmarktes das Recht in einem anderen EU-Land zu wohnen, zu arbeiten und zu studieren. Außerdem können Verbraucher aus niedrigeren Preisen durch zunehmenden Wettbewerb, größerer Auswahl an Konsumgütern und besserem Verbraucherschutz profitieren. Für innerhalb der EU tätige Unternehmen können länderübergreifende Geschäfte dank des Binnenmarktes wesentlich einfacher und weniger kostenintensiv abgewickelt werden. Hauptfunktion des Binnenmarktes ist es, Hürden zu beseitigen und Vorschriften zu vereinfachen, sodass Privatpersonen, Verbraucher und Unternehmen die Möglichkeiten eines gemeinsamen europäischen Marktes in vollem Umfang nutzen können.

Dennoch ist trotz der bisherigen Errungenschaften der Binnenmarkt noch nicht vollendet. Signifikante Lücken sowie administrative Barrieren und fehlende Durchsetzung sorgen dafür, dass das volle Potential des Binnenmarktes noch nicht erschlossen werden konnte, insbesondere im Dienstleistungssektor und beim digitalen Binnenmarkt.

Im April 2011 hat die EU-Kommission als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise die Binnenmarktakte I veröffentlicht, in der zwölf Vorschläge zur Förderung des Binnenmarktes zu den Themen Steuern, europaweite Netze, digitale Inhalte, Finanzierung von Kleinunternehmen, Regelungen der Vergabe öffentlicher Aufträge und Standardisierung von Dienstleistungen vorgelegt wurden. Nun wurden von der EU-Kommission im Oktober dieses Jahres zwölf weitere Vorschläge als Binnenmarktakte II mit dem Schwerpunkt auf Integration des Verkehrswesens und der Energienetze,

grenzüberschreitende Mobilität von Bürgern und Unternehmen, digitale Wirtschaft und Stärkung des sozialen Zusammenhalts, des sozialen Unternehmertums sowie des Verbrauchervertrauens publiziert.

Aufgrund fehlender Einigkeit wurde bisher jedoch nur ein Vorschlag der Binnenmarktakte I angenommen. Herman van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, machte Anfang Oktober auf die Gefahr aufmerksam, dass bis Dezember lediglich die Hälfte der Vorschläge im Rahmen der Binnenmarktakte I angenommen werden könnte. Bereits im Juni forderte das Europäische Parlament, die Binnenmarktakte I bis Ende 2012 zu verabschieden, besonders die Maßnahmen, die den digitalen Binnenmarkt betreffen. Einige EU-Parlamentarier machten zudem den Vorschlag, die Binnenmarktakte zu einem fortdauernden Plan umzuformen und diesen jährlich zu prüfen.

Michel Barnier, Mitglied der Europäischen Kommission und Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, betont, dass uns der Jahrestag auch eine Gelegenheit bieten soll nach vorne zu schauen und darüber nachzudenken, wie die zukünftigen Erfolge des Binnenmarkts aussehen und gestaltet werden könnten.

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des EU-Binnenmarktes hat die Kommission eine neue Webseite zum Binnenmarkt ins Leben gerufen:

<http://www.singlemarket20.eu/de>

Weitere Infos erhältlich unter:

http://ec.europa.eu/internal_market/index_de.html

3. Schaffung einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht für 2013

Auf dem EU-Gipfel in Brüssel (18./19. Oktober 2012) haben sich die Staats- und Regierungschefs auf die Schaffung eines Rechtsrahmens für eine europäische Bankenaufsicht bis zum 1. Januar 2013 geeinigt.

Laut Vorschlag der Kommission soll die Europäische Zentralbank (EZB) am 1. Januar 2013 die Aufsicht über die Kreditinstitute übernehmen, die öffentliche Unterstützung erhalten haben. Diese Aufsichtsbefugnis der EZB soll dann ab dem 1. Juli 2013 auf die größten systemrelevanten Kreditinstitute und ab dem 1. Januar 2014 auf die übrigen ca. 6.000 Finanzinstitute der Eurozone ausgeweitet werden. Für diese Aufsichtsaufgaben soll innerhalb der EZB ein besonderes Gremium, ein sog. „supervisory board“, geschaffen werden. Außerdem strebt der jetzige Vorschlag für einen Rechtsrahmen ein Aufsichtssystem an, bei welchem die EZB mit der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) sowie den nationalen Aufsichtsbehörden kooperiert, wobei die EZB für Grundsatzaufgaben und die nationalen Behörden für alle weiteren Fragen zuständig sein sollen. Diese Aufgabenverteilung sollte jedoch nochmals genauer untersucht werden, da eine enge Einbindung der nationalen Bankenaufsichtsbehörden aufgrund ihrer Expertise unerlässlich sei.

Einig ist man sich hingegen bereits, dass die EZB gegenüber der Eurogruppe und vor allem gegenüber dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig sein soll. Nicht-Euromitgliedstaaten sollen durch eine freiwillige „enge Zusammenarbeit“ mit der EZB in die Bankenunion miteinbezogen werden.

EZB-Präsident Draghi setzt sich für ein Inkrafttreten der Verordnung bereits zum 1. Januar 2013 ein, betont jedoch, dass die EZB ungefähr ein Jahr Zeit brauche, um das notwendige Instrumentarium aufzustellen. Außerdem wirft der Vorschlag der Kommission noch einige ungeklärte politische, rechtliche und organisatorische Fragen auf, wie u. a. auch die künftige Trennung zwischen der währungspolitischen Rolle der EZB und ihren neuen Aufsichtsbefugnissen. So sehen einige MdEPs die Unabhängigkeit der EZB dadurch gefährdet, dass EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit der Bankenaufsicht nutzen könnten, um nationale Interessen durchzusetzen.



Insgesamt wurde jedoch der Vorschlag der Kommission für eine gemeinsame Bankenaufsicht aufgrund der notwendigen Verbesserung der Qualität der Bankenaufsicht, die in manchen Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren nicht ausreichend gewährleistet worden sei, positiv entgegengenommen.

Auch wenn die europäische Bankenaufsicht nicht wie geplant am 1. Januar 2013 starten kann, so wird jedoch mindestens der Rechtsrahmen für die Bankenunion bis zum Jahresende verbindlich feststehen. Genauere Entscheidungen werden beim nächsten EU-Gipfel im Dezember fallen.

4. Stärkere Förderung für KMU erforderlich

Anlehnend an die am 15. Oktober gestartete europäische KMU-Woche hat die EU-Kommission einen Bericht zur Leistungsbilanz 2012 von KMU vorgelegt. Daraus ging hervor, dass nach wie vor kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Europa mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen haben. Die unterschiedlichen Entwicklungen der KMU innerhalb der Mitgliedsstaaten haben zur Folge, dass es insgesamt betrachtet, keinerlei Wachstum bzgl. der Beschäftigung gab.

Mit 20,7 Mio. Firmen, die über 98% des Unternehmensbestands ausmachen und mehr als 87 Mio. Menschen beschäftigen, bilden die KMU nach wie vor die Stütze der europäischen Wirtschaft.



Während den KMU in den meisten Mitgliedstaaten noch nicht gelungen ist wieder ihre alte Position vor der Krise einzunehmen, konnten die KMU in Deutschland und Österreich ihr Niveau im Vergleich zum Jahr 2008 sogar noch erhöhen, wobei dies besonders dem verarbeitenden Gewerbe mit hohem Technologieniveau und Anbietern wissensintensiver Dienstleistungen gut gelungen ist.

In Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten arbeitet die Europäische Kommission an einer Vielzahl von Initiativen zur Unterstützung von KMU sowie an diversen Veranstaltungen bzgl. KMU. Außerdem folgt bis Ende dieses Jahres noch der Aktionsplan zur unternehmerischen Initiative mit konkreten Maßnahmen, die den Unternehmergeist in der EU stärken sollen. Die Förderung bisher bestehender sowie die Gründung neuer KMU werden als unersetzlich für das Wachstum der europäischen Wirtschaft angesehen.

Kommissar Antonio Tajani, zuständig für Industrie und Unternehmertum, sagte: „Die KMU können das Wachstum in Europa wieder in Gang bringen. [...] Wir stehen der Wirtschaft mehr als je zuvor mit Rat und Tat zur Seite. Wir möchten mit vertrauensbildenden Maßnahmen erreichen, dass die KMU wieder einen Aufschwung nehmen und uns aus der jetzigen Krise heraushelfen“.

Weitere Informationen unter:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1101_de.html

http://ec.europa.eu/enterprise/initiatives/sme-week/index_de.html

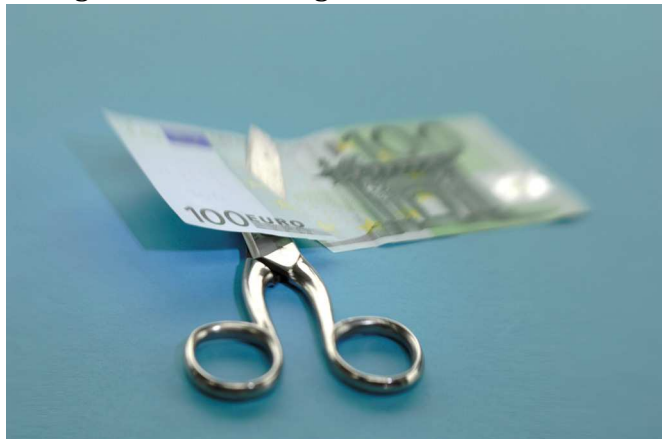
5. Abgeordnete warnen vor Kürzungen beim EU-Haushalt 2014- 2020

In einer am 23. Oktober verabschiedeten Entschließung in Straßburg fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, so wie es die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel im Juni versprochen hatten, mehr Geld für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014- 2020 der EU, der in Forschung und Wettbewerbsfähigkeit investiert.

Ivailo Kalfin (S&D, BG) und Reimer Böge (EVP, DE), Leiter der Verhandlungen des Parlaments für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014- 2020, zeigten sich erfreut über die entschiedene Annahme der Resolution mit 517 Stimmen und lediglich 105 Gegenstimmen sowie 63 Enthaltungen. Damit habe das Parlament ein starkes Signal an die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten gesendet, die im November auf einem Sondergipfel über den langfristigen EU-Haushalt beraten werden.

Es wurde von den Abgeordneten gewarnt, die finanziellen Mittel für wachstumsfördernde Politikbereiche zu kürzen, schließlich bringe es nichts, ehrgeizige Ziele und erforderliche Maßnahmen zu formulieren, dann aber die dafür nötigen Mittel nicht zur Verfügung zu stellen.

Da die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nach wie vor nicht ausgestanden sind, wird von den Abgeordneten eine deutliche Steigerung der EU-Haushaltsmittel gefordert, besonders für die Bereiche Wettbewerbsfähigkeit, Entwicklung von Kleinunternehmen, unternehmerische Initiativen, nachhaltige Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung. Die Parlamentarier rieten nachdrücklich von der vorgeschlagenen Kürzung der EU-Haushaltsmittel ab und forderten zudem den Rat auf, festzulegen, auf welche seiner Prioritäten und Projekte er gänzlich verzichten will. Denn für die Krisenbekämpfung sei ein zielführender, gut ausgestatteter und angemessener EU-Haushalt nötig.



Auf einem Sondergipfel zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen am 22. und 23. November wollen die Mitgliedsstaaten eine Einigung zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR 2014-2020) erzielen, die dann als Basis für die anschließenden Verhandlungen zwischen Rat und Parlament dienen soll.

Weitere Informationen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121019IPR54021/html/Budget-2014-2020-Put-your-money-where-your-mouth-is-MEPs-tell-member-states>